

DEUTSCHE

# Deutsche Bicker Zeitung

des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 23), Magistratz 27.  
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ  
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäder u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.  
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

## Achtung! Verbandsmitglieder!

Die Unterstützungsseinrichtungen machen es nötig, daß mit Beginn des Jahres 1903 alle Mitglieder neue Mitgliedsbücher erhalten. Damit die Ausübung derselben schnell von Statten geht, werden alle Mitglieder dringend ersucht, im Dezember ihre restlichen Beiträge für dieses Jahr voll zu entrichten, worauf sie vom Kassirer ihrer Zahlstelle das neue Buch eingehändigt bekommen.

Einzelmitglieder, die die letzten Beiträge für dieses Jahr dem Hauptkassirer senden, haben ihr Mitgliedsbuch zum Umtausch gegen ein neues mit einzuschicken.

Der Verbandsvorstand.

## Die Polizeiaffäle vor dem deutschen Reichstage.

Diesen unter unseren Kollegen, die sich mit der Lektüre der Tageszeitungen befassen, werden die Beobachtung gemacht haben, daß sich in den letzten Wochen wieder einmal die Fälle gehäuft haben, die man als Übergriffe der Polizei- und anderer Behörden bezeichnen muß. Immer häufiger kommt es vor, daß anständige Leute, Männer und Frauen, ohne ausreichenden Grund durch einen überlebigen oder böswilligen Polizisten schlankweg verhaftet und zur Miete gebracht werden. Einweiber hatten die Verhafteten überhaupt nichts Strafbares begangen oder im schlimmsten Falle hatten sie sich eines Vergehens schuldig gemacht, das mit einer paar Mark Geldstrafe geführt werden kann. Auf der Wache oder im Polizeigewahrsam stehen den zu Unrecht Verhafteten dann allerlei Überraschungen bevor: Stellen sie den Antrag, man möge sie dem Gerichte vorführen, oder wenigstens einen in der Nähe wohnenden Zeugen herbeiholen, der den vorliegenden Fritrum sofort aufklären werde, so wird dieser Antrag hohnlachend abgelehnt; bitten sie die Beamten, man möge doch wenigstens ihre nächsten Angehörigen, die sich in banger Sorge befinden, Nachricht zulernen lassen, so wird dies für überflüssig erklärt. Man stellt die Verhafteten in Straßensiedlern und sperrt sie mit Verbrechern oder Trunkenbolden in eine Zelle und verweigert ihnen jegliche Annehmlichkeit; ehrebare Frauen und Mädchen werben einer ehrverleidenden körperlichen Untersuchung unterworfen und wie lächerliche Dirnen behandelt; zuweilen bringt man sie auch ins Krankenhaus und kurirt sie von einer Krankheit, die sie garnicht besitzen. Und wenn sich dann endlich nach längerer Zeit die Schuldlosigkeit der Inhaftierten herausstellt, dann entlädt man sie ohne irgend ein Wort der Entschuldigung; sie dürfen froh sein, wenn man sie nicht noch obendrein wegen Widerstands und Beamtenbeleidigung anklagt. Beschweren sie sich, so erhalten sie seitens der vorgesetzten Behörde die Mithilfung, daß der betreffende Beamte „in übertriebenem Dienstreiter einen entschuldbaren Freithum“ begangen und entsprechende Anweisung bekommen habe. Damit ist dann die Sache erledigt: Der Verhaftete hat seinen Ärger und seine Blamage weg und der Hüter des Gesetzes meint wunders, was für eine Heldenhat er begangen hat.

Bei solcher Sachlage war es ein Verdienst der Sozialdemokraten, daß sie im Reichstage eine Anfrage einbrachten, was denn der Reichskanzler eigentlich zu thun gedenke, um den in letzter Zeit sich häufenden Übergriffen von Polizei- und richterlichen Behörden entgegenzuwirken. Diese Anfrage kam am 22. November zur Verhandlung; sie wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Heine ausführlich und nachdrücklich begründet. Aus der überreichen Blüthnlse von Fällen, die der Redner seinen Zuhörern vorführte, heben wir nur einige wenige hervor:

In den letzten Tagen, am 12. November, berichteten die Zeitungen, daß ein Bäder, der in einer Volksversammlung in Bochum Mißstände im Bädereigenbetrieb kritisiert hatte, vom Polizeikommissär für verhaftet erklärt, sofort gefesselt und durch belebte Straßen zum Amtsgericht transportiert wurde. Zur Begründung verwies der Kommissar, der den Beschuldigten persönlich kannte, darauf, daß der Verhaftete arbeitslos wäre. Wie die Zeitungen melden, schüttelte der Richter, dem der Fall berichtet wurde, den Kopf und ließ den Bäder sofort frei. — Aus Karlsruhe wird folgendes unter dem 15.

November berichtet: Ein Arbeiter hatte eine Geldstrafe von einer Mark zu bezahlen und sollte statt dessen die Haftstrafe antreten. Um ihn zu verhaften, rückten vier Schuhleute in seiner Wohnung an, man fesselte ihn, seine Kinder, die herbeieilten, wurden durch Stoß und Schubhiebe verletzt, mit zerissenem Kleidern wurde der Mann ins Gefängnis geschleppt, worauf er 1 ₣ auf den Tisch legte und wieder freigelassen werden mußte. Aus dem Muhrrevier sind eine ganze Anzahl ähnlicher Fälle zu melben. Im Oktober wurde in Essen ein Polizeisergeant wegen folgender Heldenthaten angeklagt und verurtheilt. Er hatte den Kaufmann Sommer, der mit einer Dame nach Hause ging, auf der Straße gestoppt. Weibe waren im Begriff, sich an der Haustür zu trennen. Der Beamte leistete sich eine sehr unanständige Bemerkung, und als Sommer weiter ging, stürzte er von hinten auf ihn zu, erläuterte ihn für verhaftet und schlug ihn ins Gesicht. Allerdings ist er dafür zu 9 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Das ist ja in solchen Fällen eine Marotten, meistens wird Verjenige verurtheilt, der mißhandelt ist. Ein ganz ähnlicher Fall hat sich in Marienburg zugetragen. Sie sehen, alle Theile unseres lieben Vaterlandes sind in gleicher Weise befehligt. Dort verlangte ein Polizeibeamter von einem Maurer, der mit seiner Frau ging, er solle seine Frau fortsetzen. Der Maurer war so zuvorkommend, daß zu ihm, der Beamte, erfuhr, daß er sofort die Verhaftung aufhob.

Sobel mißhandelt und in Untersuchungshaft genommen, bis sich schließlich seine volle Unschuld herausstellte. Was wollen aber alle diese Fälle sagen — gegen das, was bei einer Halberstädter Gerichtsverhandlung über die Vorlommisse bei der Oscherslebener Polizeibehörde enthüllt worden ist. Ich will auf Einzelheiten hier nicht eingehen, so viel sei aber festgestellt, daß dort auf Veranlassung des Polizeiinspektors Haensch die Arrestanten 24 Stunden lang ohne jede Nahrung gelassen wurden. Das ist nicht etwa ein einzelner Fall, sondern der Bürgermeister hatte das ausdrücklich so verlangt mit der Begründung: „Für solche Schweinhunde hat die Stadt kein Geld“. Das sind alles Kleinigkeiten; ich komme nun zu den Fällen, mit denen sich die Presse eingehender beschäftigt hat. Bekannt ist der Fall der Frau von Becker, die in Wiesbaden verhaftet worden ist; ihr sagte ein Schuhmann: „Sie, kommen Sie mal mit!“ Nachdem sich ihre vollkommene Unschuld herausgestellt hatte, entschuldigte sich der Schuhmann damit, daß er sie für einen Mann gehalten habe. Der Ruhm der Wiesbadener Polizei hat die Polizei in Weimar nicht schlafen lassen und sie hat einige Wochen später mit der Juristin Krita Augsburg, „die zu langsam ging und ein Reformkleid trug“, dasselbe gethan. Der Schuhmann hat dann nachher noch lügenhafte Entschuldigungen gebraucht, die mit den Thatsachen in Widerspruch standen. Urzweifelhaft ist auch hier eine ganz ungerechtfertigte, sinnlose Verhaftung vorgenommen und man hat nachher allerhand dummes Zeug angeführt, um sie zu beschönigen. Viel toller liegt der Fall der Frau Rapeport in Altona. Diese Frau wurde unter dem unbegründeten Verdacht eines begangenen Betruges zur Polizei geführt und dort wie eine Verbrecherin behandelt. Sie mußte sich entkleiden, wurde dabei auf die gräßlichste und unanständigste Weise körperlich beleidigt und dann als angeblich geschlechtskrank in das Krankenhaus gebracht. Trotz aller Vorstellungen des Arztes und des Rechtsanwaltes, daß die Frau ferngesund sei, hat sie 8 oder 9 Tage im Krankenhaus zu bringen müssen, ohne auch nur ein einziges Mal dem Richter vorgeführt zu werden. Der Polizeiinspektor Engel hat erklärt, daß sei so Vorschrift, die Personen dürften dem Richter nicht vorgeführt werden. Dazu kommt der Fall des Herrn Lampel, des Inhabers eines Techneinsituts in Braunschweig. Dieser wurde, nachdem er einen Termin bei dem Amtsgericht Celle in einer Prüfungsschlage versäumt hatte, am 30. September, früh 1/2 Uhr, verhaftet, obgleich er sein Ausbleiben telegraphisch entschuldigt hatte. Auf die telegraphische Beschwerde beim Amtsgericht Celle erhielt er keine Antwort. Er wurde der Gendarmerie überliefern und in einem Körpse zusammen mit Verbrechern nach Hannover transportiert. Dort wurde er in einem Transportwagen zusammen mit etwa 50 Personen in das Polizeigefängnis abgeliefert. Hier rügt ihm, wie er selbst die Sache geschildert hat, ein Unterbeamter den Rock auf. Er

erzählt weiter, wie ekelsaft das Essen war, ein wie widerwärtiger Geruch in dem Raum herrschte. Vor Abgang des Transportes wurde er mit einem nach Celle ins Zuchthaus kommenden Menschen in Ketten zusammen gefesselt. Ein Beamter sagte ihm: „Freundchen, das macht nichts, wir bilden ja eine geschlossene Gesellschaft!“ Am 9. Oktober wurde Herr Lampel endlich freigelassen. — Ein anderer Fall ist aus Kiel gemeldet. Dort wurde ein junges Mädchen arbeitenden Standes, das Abends mit seiner Mutter und einigen anderen Leuten aus einer Gesellschaft kam, wegen „ruhestörenden Lärms“ festgestellt. Das kann einem übrigens sehr leicht passieren. Ich kenne einen hoch angesehenen Professor und Geheimen Rath, dem es so ging, weil er sich mit einem Kollegen nachts über eine wissenschaftliche Streitfrage etwas lebhaft unterhalten hat. Einige Tage später erhielt das erwähnte junge Mädchen die Nachricht, sie sei unter sittenpolizeiliche Aufsicht gestellt und habe sich sofort eine von der Sittenpolizei genehmigte Wohnung zu nehmen. In Kiel bestehen ja bekanntlich keine Bordelle, sondern von der Sittenpolizei genehmigte Quartiere. Das junge Mädchen hat nun leider nicht das Verwaltungsstreitverfahren angerufen, sondern hat außerhalb einen Dienst angenommen und die Sache damit als erledigt gehalten. Die Polizei aber glaubte die Blamage aufs Neueste treiben zu müssen. Das junge Mädchen wurde dort wie eine Prostituierte behandelt und im städtischen Krankenhaus untergebracht. Dann wurde es in Untersuchungshaft genommen und endlich natürlich freigesprochen, denn es lag nicht die geringste strafbare Handlung vor. Der Amtsrichter v. Oppel erklärte selbst dies Vorgehen der Sittenpolizei für unerhört und scandalös. Über das Mädchen hätte nicht bis zum Tage der Verhandlung in Haft bleiben können ohne einen gerichtlichen Haftbefehl dieses Amtsrichters oder eines seiner Kollegen. Die Justiz hat also ihren reichlichen Anteil an diesem scandalösen Verhalten. — Ich komme zu dem Falle des Redakteurs Hoffmann aus Kattowitz. Er war vom Landgericht Beuthen, von dem wohl alle Redakteure polnischer oder sonstiger oppositioneller Zeitungen schon einmal verurtheilt worden sind, wegen Preschezugs verurtheilt. In einem Termin in Beuthen wurde er nicht, wie es vernünftig gewesen wäre, einfach beurteilt, sondern abgeführt und in Beuthen mit einem Zuchthäusler gefesselt durch belebte Straßen transportiert. Der Beamte sagte: „Daran müssen Sie sich gewöhnen, das kann Ihnen noch öfter passieren; ich kenne meine Vorschriften genau!“ Er sprach also von ganz bestimmten Vorschriften, Herr Staatssekretär Nieberding. Beim Falle Bredenbeck wurde erklärt, solche Vorschriften existierten nicht. Im Gefängnisbureau wurde dem Hoffmann von einem Beamten weiter gesagt: „Nehmen Sie sich nur in Acht, Sie sind noch in meiner Gewalt! Nebrigens, um mit Verhaftungen zu machen, dazu sind Sie mir viel zu dummkopf!“ Auf dem Rückwege wurde Hoffmann wieder zusammengefasst mit einem Zuchthäusler und einer Kindsmörderin nach Kattowitz gebracht.

Die Redner aller Parteien stimmten in der Beratung derartiger Vorgänge überein und der Staatssekretär Nieberding, der namens des abwesenden Reichskanzlers die Interpellation beantwortete, sprach sein Bedauern über die behördlichen Missgriffe aus; ein berichtigtes Verhalten der Beamten sei ein durchaus ungewöhnliches, daß der Rechtspflege nichts nütze und die Autorität des Staates schädige. Leider wird es trotz und allem wohl beim Asten bleiben, denn solange sich die Polizisten meistens aus den rücksichtslosen Bevölkerungsschichten rekrutieren und eine Ausbildung genießen, während der sie die Achtung vor der persönlichen Freiheit und der Ehre des freien Bürgers verlernen, so lange den Beamten die Meinung beigebracht wird, daß etwas Schändlichkeit garnicht ungern gesehen werde, selbst wenn sie hier und da Missgriffe im Gefolge habe, so lange werden die Beamten wenig Veranlassung haben, ihr Verhalten dem Publikum gegenüber zu ändern.

Zur Erklärung dieser behördlichen Übergriffe müssen wir auf die Entstehung der heute gültigen Justizgesetze zurückgreifen. Man hat sich damals allerdings die redlichste Mühe gegeben, die persönliche Freiheit des Staatsbürgers

gegen Übergriffe sicher zu stellen und besonders ging das Bestreben dahin, die Beamten für ihre Verschulden haftbar und verantwortlich zu machen. Leider sind alle dahingehenden Versuche am Widerstande der Regierung gescheitert. Tatsächlich kann nach heutigem Recht ein Beamter nur dann für einen sogen. Missgriff bestraft und haftpflichtig gemacht werden, wenn er diesen Missgriff wissentlich und absichtlich begangen hat. Dies muß ihm nachgewiesen werden und wie schwer das ist, kann sich jeder Einwohner leicht ausmalen. In zahlreichen Gerichtsverhandlungen ist festgestellt worden, daß sich die Beamten, die wegen Missbrauch ihrer Amtsgewalt angeklagt sind, regelmäßig hinter ihrem „guten Glauben“ verslecken; es muß schon toll kommen, wenn eine Verurtheilung erfolgen soll. Allerdings kann ein Beamter auch disziplinarisch bestraft werden, doch pflegen die Vorgesetzten eines „schneidigen, pflichtgetreuen Beamten“ häufig ein Auge zuzudrücken. Umsomehr hat die unabhängige Presse die Pflicht, immer wieder von neuem auf die großen Gefahren der heutigen Rechtsunsicherheit hinzuweisen und bessere Rechtsgarantien zu fordern. Die öffentliche Meinung muß so laut gegen die Beamtenwillkür protestieren, daß es den Gewalthabern donnergleich in den Ohren gellt. Leider haben die bürgerlichen und „parteilosen“ Zeitungen, so lange sich die Übergriffe nur gegen Arbeiter oder gar Sozialdemokraten richteten, geschwiegen wie stumme Hunde. Heute, da auch bürgerliche und gutgelaunte Kreise unter der Polizeiwillkür leiden, erheben sie ebenfalls ihre Stimme und fordern Abhilfe.

Vor allen Dingen fehlt uns in Deutschland ein Geist, eine sog. *Habeas-corpus*-Akte, wie es in England seit Jahrhunderten besteht. Dies berühmteste aller Staatsgrundgesetze gewährleistet dem englischen Bürger seine persönliche Freiheit im weitesten Maße und sichert ihn gegen behördliche Willkür. Kein Engländer darf ohne gerichtliche Untersuchung in Haft gehalten werden; Richter, Gefängniswärter, Polizisten und sonstige Beamte, die der *Habeas-corpus*-Akte zuwidersetzen, werden mit den strengsten Strafen belegt und können auch nicht begnadigt werden. Deshalb hört man in England auch nichts von solchen polizeilichen und behördlichen Übergriffen, wie sie bei uns an der Tagesordnung sind. Der Engländer ist eben stolz auf seine persönliche Freiheit und läßt sie sich nicht von jedem Polizisten verhüten.

Bei der Debatte im Reichstage erinnert man sich an das Wort, das der deutsche Kaiser im Oktober 1900 auf der Saalburg aussprach, als er dort den Grundstein legte zum Wiederaufbau des alten Römertempels. Auch dem der Kaiser die römische Kultur und die Macht des Römertreiches gefeiert hatte, erhob er mit erhobener Stimme: „Wie man noch mit Stolz sage: „Ciris romanus sum!“ ich bin ein römischer Bürger! so darf man heute mit dem gleichen Stolze sprechen: Heil mir, ich bin ein deutscher Bürger! Das stolze Wort: „Ciris romanus sum!“ war die Ausdruck des Selbstbewußtseins, womit der freie Römer sich auf seine Bürgerrechte berief, denn es geht, sie zu verteidigen gegen irgendwelche Angriffe. Ein Wort des Stolzes war es und gleichzeitig eine Drohung. So kommt der freie Römer sich befindet, sei es im Innlande oder im Auslande, das Wort: „Ich bin ein römischer Bürger!“ war eine Schußwaffe gegen Willkür und Geschlossenheit. Nur den Gesetzen war er unterworfen, nur nach Recht und Gesetz durfte er gerichtet werden. Hochhobenen Hauptes und mit der Bezeichnung auf sein Bürgerrecht verschwendete er jeden, der mit Hinterlist und Chicanen ihm nahe trat.

Nun in Deutschland muß es so weit kommen, daß wir uns auf ausser Rechte berufen können. Die persönliche Freiheit des Einzelnen gegen Polizeiwillkür zu sichern, das soll unser Stolz sein und unser Streben.

### Das „gute Einverständnis“ zwischen Meister und Gesellen in Chemnitz ist in die Brüche gegangen!

Am 27. November fand eine stark besetzte, vom Gesellenverein eingerichtete öffentl. Versammlung in Chemnitz statt. Der Innungsvorstand, welcher es leider verfehlte, seine Söhne in jolcher Versammlung allein zu lassen, sondern trotzdem auch dort in Versammlungen der Gesellen meinte, was auch diesmal erklärte, sollte aber zur Abschließung mit einer geheimen Abstimmung erledigt.

Kollege Arnold sollte unter dem Beifall der Versammlung die Herren vor den ihres brüderlichen Generalrats — der Innungsrat Arnold aus der Innungsschule — zu reden. Die Herren Innungsräte verabschiedeten sich ohne Willkür, daß aber keiner herausfordernde Fragesteller vor sie trat, sondern, aber edles einzige ihnen nicht, dann über die Freiheit waren die Herren sehr dankbar empfunden. Als dann noch die recht große Meinungsverschiedenheit wurde, obrichte die Innungsräte noch die Gesellen, welche zuerst zu kommen, kostet in der Stadt zwischen Bergberg und Weißeritzberg festig! Aber die Herren meinten, daß es jetzt mit überall Kosten zu Ende ging und da verständlicher ist, daß aus der Versammlung.

Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Es ist der dem Gesellenverein erarbeiteten öffentlichen Bekanntmachung entgegneten Befragungen zufolge in der Zusammensetzung des Kollegs Arnold aus der Innungsschule einen brüderlichen Generalrat. Sie forderte den Zusammenschluß auf, bis zu brüderlichen Zusätzen hinzu drei Tage später einzutreten zu müssen, während sie sich die Gesellen nicht versammeln ließen, das Zusammensein zu meiden und nach einem anderen Bereichsgebiete flüchten zu wollen.“ War den Herren, doch die Zusammensetzung nicht eingetreten, wurde das Verhandlungsfest „Stadt Weißeritz“ zum Verhandlungsort bestimmt.

Die Zusammensetzung wurde nun entweder klein beigemessen oder zur Abschließung der Zusammensetzung und die Herren selbst füllten und dort ihr Geld verzeichneten an.

Aber die Herren sind schließlich gewillt, um den „Generalrat“, die sie hierbei errungen, einzutreten zu wollen, es gefiel ihnen nämlich nach nicht solchen Erfolgen und so hat

denn der Innungsvorstand an sämtliche Meister folgendes Birkular versandt:

Birkular (No. 8) an Chemnitz.

Chemnitz, im November 1902.

Geehrter Herr Kollege!

Der auf Grund § 41 der Statuten der Birkularinigung bei dieser bestehende Gesellenausschuß hat vor einiger Zeit dem Innungsvorstand eine Anzahl von Wünschen unterbreitet, welche in verschiedenen Versammlungen der Gesellenchaft, zum Theil wiederholt, zum Ausdruck gebracht wurden sind. Es sind dies die folgenden:

1. Es möchte, um eine angemessene Entlohnung zu verbürgen, ein Minimallohn für 3. Stellen von 7 M., für 2. Stellen von 9 M. und für 1. Stellen von 11 M. festgestellt werden;
2. wünscht man, daß jedem Gesellen an den drei hohen Festen: Weihnachten, Ostern und Pfingsten je eine freie Nacht gewährt werde;
3. um den Gesellen nach Schluss der Arbeitszeit den Aufenthalt in den Schlafräumen zu ermöglichen, möchten in denselben Tisch und Stuhl Aufstellung finden;
4. wird um weitergehende Durchführung der Gewährung von zwei Stück Butter und 1.50 M. bis 2 M. Zukostgeld pro Mann wöchentlich gebeten;
5. wird ferner der Wunsch wiederholt, an einem Tage wöchentlich den Gesellen vom Anrichten zu befreien.

Nachdem der Ausschuß für Bergungs- und Gesellenwesen eingehend mit dem Gesellenausschuß über die aufgestellten Wünsche beraten und deren Durchführbarkeit erwogen, hat sich der Innungsvorstand in seiner Sitzung vom 29. Oktober damit beschäftigt und nachstehende Beschlüsse gefaßt, welche den geehrten Herren Kollegen zur möglichsten Beachtung unterbreitet und empfohlen werden. Der Innungsvorstand ist dabei von der Erwägung ausgegangen, daß es im wohlverstandenen Interesse unseres Bergarbeiterwerts liegt, einen zuverlässigen Gesellenstand uns zu erhalten, wenn die Wünsche nach dem Geschäftspunkte der Gerechtigkeit und Billigkeit als berechtigt anerkannt werden müssen.

Beschluß zu 1: Da in Chemnitz nach der uns vorliegenden Statistik die Zahl der kleinen und kleinsten Betriebe bedeutend überwiegt und demzufolge eine eingemahnen genaue Abgrenzung für eine Dreigliederung der Stellen ganz untauglich ist, lehnt man diese Gliederung und die dafür gewünschten Lohnsätze ab. Dagegen konnte man sich der Einsicht nicht verschließen, daß die Normierung eines Minimallohns überhaupt am Platze sei und setzte diesen auf 6 M. fest. Dabei war man im Innungsvorstand allseitig der Meinung, daß es sich um den Lohnsatz für die Mindestleistung handelt, daß die geehrten Kollegen bei zufriedenstellenden Leistungen von selbst über diesen Satz hinaus zahlen werden.

Beschluß zu 2: Obwohl man ganz bereit sein würde, die Freiheit an den drei hohen Festen zu gewähren, so war für den Innungsvorstand die Unmöglichkeit der allgemeinen Durchführung maßgebend für seinen ablehnenden Beschuß. Man verzweigt, hält auf den Standpunkt, daß in Chemnitz ein ganz wesentlicher Theil der Betriebe entweder ohne jede Hülfekraft oder nur mit Lehrlingen arbeitet. Diese Betriebe würden an die von den Gesellen gewünschte Arbeitsschicht sich nicht zu lehren brauchen. Die Behörden haben ein zwangswise Eingreifen ebenfalls abgelehnt.

Beschluß zu 3: Hierzu wird beschlossen, den geehrten Kollegen zu empfehlen, soweit in den Schlafräumen der benötigte Platz vorhanden, Tisch und Stuhl in einfacher Weise zur Aufstellung zu bringen. Die Kosten hierfür dürften gern erledigt sein.

Beschluß zu 4: Zu dieser Frage hat der Vorstand schon im Laufe des vorigen Jahres Stellung genommen und den Meistern durch Rundschreiben die Erfüllung dieses Wunsches anheimgegeben. Auch gegenwärtig steht der Vorstand auf demselben Standpunkte. Er hält zwei Stückchen Butter und 1.50 M. bis 2 M. Zukostgeld für angemessen und bittet, nach Möglichkeit von der gewünschten Erhöhung Gebrauch zu machen. Die Entscheidung steht jedem geehrten Kollegen frei.

Beschluß zu 5: Bezüglich dieses Wunsches hält der Vorstand eine Entwicklung auf die Meister nicht für angebracht. Vergütungen der Gesellenknechte oder sonst noch vorausgegangener Anfrage den Wünschen der Gesellen Rechnung getragen werden möglichen.

Des Weiteren machen wir die geehrten Kollegen darauf aufmerksam, daß, wie uns bekannt geworden ist, in letzter Zeit seitens der sozialdemokratisch organisierten Gesellen durch den genannten bekannter Agitator Arnold die Schlafräume der Gesellen ausgemietet werden. Da ein derartiges Vergehen als ungeeignet zu bezeichnen ist, sollte man den von Arnold im Betriebszusammenfall stellen und zur Rechenschaft ziehen. Als bekannter Fingerspitze möge noch dienen, daß mit Vorbeh. die Sonntagsverzehrung zu diesen Spaziergängen bewilligt werden, um gegebenenfalls die Überarbeitung nicht kontrollieren zu können.

Der Innungsvorstand. W. Siebel, Obermeister.

Die Kollegen in anderen Teilen Deutschlands, wo es in den letzten Jahren durch die Ränke der Organisation längst gewesen ist, manche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, werden sich wundern über die nicht als befriedigend gesehene Wünsche, welche der Gesellenausschuß in Chemnitz gestellt hat. Wenn die Erfüllung dieser Wünsche eine Verbesserung der Lage unserer Kollegen bedeutet, wie tatsächlich mögen da jetzt in Chemnitz die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen bedeutender sein!

Man sollte nun meinen, daß diese Herren, die sonst immer von Arbeiterschönlichkeit trügen, wenn es gilt, die Gesellen von der Organisation fernzuhalten, nun, ohne auch nur die Zeit zu verlieren, diese unmissverständlich verbilligen würden, aber weit gefehlt! 6 M. Mindestlohn wollen die Herren schon verwilligen, aber bei Leide nicht ihren Arbeitern bei freie Zeige im Jahre gewähren, sondern sie sollen auch zweimal 25. Rente im Jahre haushalten. Tisch und Stuhl sollen die Gesellen im Schlafräum haben, soviel den öft hält die Plätze in den beiden dazu vorhanden ist.

Gibt die vorjährige Berdung der Innungsräten nicht schon Arbeitsschäfte genug dafür, wie traurig es in den Schlafräumen mancher Werkstätten aussehen muß? Wenn in solchen nicht einmal Platz vorhanden ist, einer Tisch und Stuhl heranzutragen, so kann kein Meister darüber schwatzen, daß solche Männer viel zu beschäftigt sind!

Dabei steht bei seinem Stande noch die leidliche Bedenken: „Die Entscheidung steht jedem Meister frei!“ oder ähnlich, damit nur ja kein Meister glauben soll, daß er moralisch erzwingen wäre, diese vorzüglichen Zusammensetzung zu erhalten! Diese ganze Masse des Innungsvorstandes ist eine Spieghelschere sondergleichen, eine Verhöhnung der bedeckenden Wünsche der Gesellen!

Ob diese Verhöhnung und Verhutung der Gesellen diese nur endlich in ihrer großen Mehrzahl zur Überzeugung

bringt, daß sie den Innungsvorstand nur dann imponieren können, wenn sie organisiert im Bebande geschlossen zusammen stehen und dann z. i. g. in die Forderungen stellen, die dann aber auch mit aller Energie durchzämpfen müssen? Wir wollen hoffen, daß dieser Anlaß endlich die Chemnitzer Kollegen dazu bringt, die Schlafmühle vom Kopfe zu reißen!

Der Hauptkampf dieses Birkulars ist al. r. dessen Schlafsaal, wobei es den Herren auch auf eine faustdicke Lüge nicht ankommt. Daß das Ausmessen der Schlafräume durch Arnold nicht ungemein ist, das wissen die Innungsführer so genau wie wir, aber sie täuschen ihren Mitgliedern diese Lüge auf, um diese nur gegen den verhafteten Arnold genügend scharf zu machen und weiter zeigt und der Schlafsaal die Anzahl dieser Herren, daß durch das Vorbringen unseres Kollegen Arnold etwas über die Beschaffenheit ihrer Betriebe in die Dessenlichkeit bringt! —

### Lohnbewegung im Plauenschen Grunde.

Einen befriedigenden Verlauf nahm eine Lohnbewegung vom Gesamtpersonal der Brodsfabrik und Großmühle „König Friedrich August-Mühle“ von Gebr. Braun im Plauenschen Grunde. Schon seit längerer Zeit trug man sich vor Seiten des dort beschäftigten Personals mit dem Gedanken, eine Lohnaufbesserung und Abschaffung verschiedener im Betriebe vorhandener Mängel zu fordern. Nachdem man sich in einer Personalversammlung verständigt hatte, wurden die Wünsche den Herrn Chefs unterbreitet und zwar von jedem Meister gesondert. Die Forderungen unserer Kollegen, deren 30 dort beschäftigt sind, lauteten:

1. Löhne für Badstubenarbeiter 22 M. für Dienarbeiter 24.50 M.; der Sonntag ist wie bisher weiter zu bezahlen.

2. Verbesserung der Ventilation in den Schlafräumen und Anschaffung von Spülknäpfen in denselben, Desinfektion der Abort und Heizung des Waschraumes in den Wintermonaten.

3. Errichtung eines Arbeiterausschusses.

4. Bei Vermählung minderwertigen Getreides hat die Firma die Verantwortung selbst zu übernehmen; auch hat sich der Badmeister einer angemessenen Behandlung des Personals zu verschließen.

So berechtigt nun diese Forderungen waren, so waren die Herren Gebr. Braun anderer Ansicht. Eine am Sonntag nachgesuchte Verhandlung von Seiten des Personals wurde abgelehnt, weil die Herren verreisen müßten; mittlerweile war die Erregung aufs höchste gestiegen. Am Montag früh beim Schichtwechsel erschien dann einer der Herren in der Garderoberie und erklärte, wer zu den Bedingungen weiter arbeiten wolle, der könne das, wer nicht, der könne gehen. Da das gesamte Personal organisiert ist, erklärten alle, aufzuhören zu wollen, und es ist wohl der Ruhe und Besonnenheit unserer führenden Kollegen zu verdanken, daß es jetzt nicht zu einer sofortigen Arbeitsschließung kam. Herr Braun erklärte, den Leuten Bedenken zu geben bis zum Dienstag früh, neue Arbeitskräfte wolle er am Tag noch nicht einstellen. Das gesamte Personal war sich darüber einig geworden, wenn am Dienstag früh von Seiten der Firma nicht nachgegeben werde, mit sofortiger Arbeitseinstellung zu antworten.

Am Montag Mittag wurde ich nach dort gerufen; gegen Abend angekommen, begab ich mich mit dem Kollegen Betschmann sofort nach dem Betriebe, um mich zunächst mit unseren Kollegen zu verständigen, in welcher Weise bei etwa zu erreichenden Verhandlungen eine Verständigung zu erzielen sei. Dieselbe kam zu Stande und die nachgesuchte Verhandlung bei der Firma wurde gewährt. Nach fast 2½ stündiger Verhandlung willigten endlich die Herren ein, dem gesamten Personal durchgängig eine Lohnzulage von 1 M. zu gewähren, ebenso erklärte man sich mit der Bildung eines Arbeiterausschusses einverstanden. Alle übrigen Forderungen sollen dann mit dem Arbeiterausschuß gemeinschaftlich beraten werden. Unsere Kollegen und das übrige Personal erklärten sich nun mit dem Erreichten zufrieden.

Hoffentlich lernen unsere ersten neu gewonnenen Verbandsmitglieder dort den Werth der Organisation schätzen und den übrigen älteren dürfen es ein Ansporn sein zu weiterer rascher Thätigkeit am Ausbau unserer Organisation. Auch wir dürfen wohl angesichts der jetzigen Krise mit dem Erfolg zufrieden sein.

Rahl.

### Einige Worte zu den Beschlüssen der Gaulkonferenz Sachsen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Konsumbäder in Sachsen und Thüringen sind auf der Gaulkonferenz einer eingehenden Kritik unterzogen worden. Dies ist ohne weiteres sehr anerkennenswert. Eine Lohnstaffel auszuarbeiten, die der Lebenshaltung der Arbeiter am Orte entspricht, ist ein längst gefühltes Bedürfnis, nicht blos für die bei Meistern beschäftigten, sondern auch für sogenannte Konsumbäder. Dies ist um so mehr nötig, als ein großer Theil der Lechteren, wenn nicht gar der größte Theil, sobald sie in einem Konsumverein arbeiten, glauben, ihr Lebenswerk vollbracht zu haben. Für sie ist die soziale Frage gelöst. Nach ihrer Auffassung ist es unmöglich, besser gestellt zu werden bez. Besserstellung zu verlangen. Diesen Leuten beizubringen, daß, trotzdem sie schon einen Atom besser bezahlt werden als die Anderen, (was aber durch intensivere Arbeit gegenüber beim Meister wieder hundertmal wett gemacht wird), daß immer noch ein tiefer Wertes ihrer Arbeitskraft dividendenhungrigen Konsummitgliedern in die Tasche fällt, dieses ihnen beizubringen, gehört fast zu den Unmöglichkeiten. Man vermißt hier vollständig die Schulung in gewerkschaftlichen Fragen.

Unbedingt von dem Geiste einer modernen Weltanschauung sehen wir oft einen gähnenden Abgrund von Stupidität und Gedankenlosigkeit. Wenn nur „Geld“ verdient wird! Das „Wie“ ist Nebensache. Der gemeine, abscheuliche Begriff „Geld“ ist für solche Leute alles, die Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung nichts. Derartigen Leuten muß immer Gelegenheit gegeben werden, Farbe zu bekennen.

Zum Widerspruch muß es deshalb herausfordern, wenn die Gaulkonferenz beschließt: Die Kollegen haben energisch für eine Arbeitswoche von 6 Tagen einzutreten resp. für den nächsten Tag Überstunden zu verlangen. Wenn die Kollegen für irgend etwas grundlosen und obendrein noch energisch eintreten sollen, dann ist es nicht nur grundverkehrt, sondern auch tactisch ein Fehler, Hinterhüren offen zu lassen. Denn Hinterhüren sind es, die man offen läßt, wenn man mit „resp.“ oder „event.“ arbeitet.

Ein wann sind wir eine religiöse Sekte, wo man gegen Bezahlung so viel sündigen kann, wie man will? Wenn man gründlichlich für eine glägige Arbeitswoche ist, so kann von einer Tägigen gegen Bezahlung keine Rede sein. Unzweckmäßig beschämen uns hier die beiden rheinländischen Innungen, welche ohne Klausel völlige Sonntagsruhe, also glägige Arbeitswoche fordern. Zugegeben muß ja werden,

dass in dem Sinne, dass jedesmal der Sonntag frei sein muss, die tägliche Arbeitswoche vorläufig nicht umgehalten werden kann. Darum handelt es sich ja auch gar nicht, und dieses ist auch gar nicht nötig. Die Hauptfach ist, dass ein Lebster nur 6 Tage arbeitet, und dies lässt sich sehr leicht bewerkstelligen. Angenommen z. B., in der Bäckerei zu L. P. arbeiten in der Nachschicht, welche also regelmäßig 7 Tage pro Woche arbeitet, 24 Mann. Um die tägliche Arbeitswoche zu ermöglichen, haben an einem jeden Wochentag abwechselnd 4 Mann einen Ruhetag. Für diese vier muss natürlich Ersatz gesetzt werden. Es brauchen diese Auszülpfen zu sein, sondern sie könnten fest eingestellt werden. Ein anderer Fall: Die Konsumbäckerei zu H. G. hatte bis vor Kurzem eine tägliche Arbeitswoche. Lohn 24 M. Es wurde Weißgebäck eingeführt und damit der siebente Tag in Anspruch genommen. Lohn nunmehr 28 M. Findet sich vielleicht hier ein Kollege, welcher behaupten will, dies sei ein Fortschritt, selbst wenn Überstundenbezahlung stattfindet? Nein, im Gegenteil, ein Rückschritt, wie er klar nicht gedacht werden kann. Auch hier hätte ein Mann drei Auszülpstage pro Woche, und da Sonnabends sowieso einer gebraucht wird, vier Tage Beschäftigung.

Etwas verartiges dürfte bei gewerkschaftlich Organisierten auf keinen Fall vorkommen! Wenn man vielleicht einwenden will, ja, diese Kollegen brauchen das Geld auch, so ist das hinfällig. Wenn man mit einem glägigen Lohn kein menschenwürdiges Dasein führen kann, so kann dies nur dadurch geändert werden, dass man einmütig an die Verwaltungen mit Forderungen herantritt. Wenn man die gewerkschaftlichen Grundsätze so mit führen tritt, nur um einen erhöhten Verdienst herauszuschlagen, so ist dies im höchsten Grade unmoralisch, daher verwerflich, ganz abgesehen davon, dass es nur eine scheinbare Verbesserung ist, die auf der anderen Seite doppelt und dreifach wieder draufgeht.

Die Bezahlung des siebten Arbeitstages bzw. das Gestatten desselben von unserer Seite stellt sich somit als eine Prämie auf die Loyalität und das Laxe Verhalten unserer Mitglieder beim Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen heraus!

Da absolut keine technischen Schwierigkeiten bei Ausführung dieser Vorschläge sich in den Weg stellen und diese den Verwaltungen auch keine Mehrkosten verursacht, ist nicht einzusehen, warum dies nicht soll durchzuführen sein.

Und wo bleibt das Mitgefühl für unsere arbeitslosen, hungrigen und frierenden Kollegen, ganz abgesehen von dem Idealismus, den wir von unseren Kollegen zu verlangen berechtigt sind, wollen sie den Namen „organisierte Arbeiter“ für sich in Anspruch nehmen? Bei der jetzt herrschenden Arbeitslosigkeit ist es ein Gebot der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, wenn mit Energie diese Vorschläge durchgeführt werden.

Die Verwaltungen der Konsumvereine, die innerhalb ihrer Vereine einen Einblick in die Not und das Elend gewonnen haben, dürfen dieser Sache wohl sympathisch gegenüberstehen.

Der Verband hat das größte Interesse daran, dass dies alles sehr bald verwirklicht wird. Erstens wird er dadurch an Arbeitslosenunterstützung sparen und zweitens wird die Zahl der zahlungsfähigen Mitglieder eine erhebliche Steigerung erfahren. Den interessierten Mitgliedschaften kann nur dringend empfohlen werden, so schnell wie möglich den Beschluss der Gautonferenz in vorstehendem Sinne zu rektifizieren, zum Wohle der Allgemeinheit und des Einzelnen und im Interesse einer gesunden Bäckerbewegung.

B — n.

## Aus unserem Berufe.

Die Mitgliedschaft Dresden hatte bekanntlich eine statistische Erhebung über die gesundheitlichen Verhältnisse in den hiesigen Bäckereien veranstaltet. Die Festnagelung der vorgefundenen Schweiereien hat den Zorn der Bäckerinnung erregt. Auf Antrag des Meisters Pezolt wurde einstimmig beschlossen, die drei Mitglieder der statistischen Kommission zum Verhör vor die Innungsversammlung zu laden. Der Obermeister scheint sich aber nicht zu getrauen, den Beschluss auszuführen. Die Kommissionsmitglieder haben wenigstens bis jetzt keine Einladung erhalten. Um aber den Meistern zu beweisen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen, veranstalteten am Brüdertag die Gehülfen wieder eine Umfrage und zwar diesmal über die Feiertagsruhe. Es ergab sich, dass von 500 Dresdner Bäckereien 69 ihre Arbeiter zur Arbeit enthielten. Dass 14 Prozent der Meister sich den Teufel um die Sonntagsruhe scheren, ist jedenfalls eine interessante Feststellung.

Der Leidenzgang eines Lehrlings. Wegen geradezu unmenschlicher fortgesetzter Misshandlungen seines Lehrlings hatte sich am Mittwoch vor der Potsdamer Straßammer der Konditoreibesitzer Hermann Tempel aus Drehenbrück zu verantworten. Vom Jahre 1899 bis 1902 hatte er den Waisenkroaten Friedrich Daatz als Lehrling bei sich, der nun mittelmäßig begabt war, wohl auch hin und wieder einen dummen Lungenstreich machte, sonst aber durchaus nicht besitzig war. Der Angeklagte ist aber ein sehr jähzorniger Bierich, der schon einmal einem anderen Lehrling mit einem Kuchenblech ein Ohr abgehauen haben soll, so dass es wieder angenähert werden musste. Daatz wurde nun während seiner ganzen Lehrzeit bei der geringsten Veranlassung von Tempel so grausam gefoltert, dass die Gesellen dies oft nicht mit ansehen und die Haushbewohner das jämmerliche Geschehen des Lehrlings kaum noch mit anhören konnten. Mit Justizvorschriften, die er gerade zur Hand hatte, schlug Tempel auf den Lehrling ein und brachte ihm auch einmal mit einem groben Backmesser einen Stich in das linke Schulterblatt bei, bat ihn auch einmal eine heiße Matrone ins Gesicht gehalten. Im Morgen des ersten Pfingstfeiertages dieses Jahres ließ Daatz aus Versetzen einen Tontenboden anbrennen. Dies brachte seinen Meister so in Wut, dass er ihn zunächst im Keller mit Füchsenriten regelte, so dass Daatz zur Erde stürzte und eine blutende Wunde am linken Fußknöchel davontrug. Dann schlug Tempel auf den Lehrling, der nach der Backstube entflohen war, fünf Minuten lang ununterbrochen mit einem dicken, kantigen Holzplock ein. Das jämmerliche Geschehen des Lehrlings wurde weit hin gehör. Derselbe hielt schließlich seinem Meister die Hände fest und rammte dann fort, nach dem Holzplock, von wo er nicht zurückkam. Tempel und sein Personal suchten am ganzen ersten Pfingstag nach dem Lehrling, ohne ihn zu finden, und machten am nächsten Tage von dessen Verschwinden Meldung, weil man glaubte, er habe sich das Leben genommen, wie er dies jüngst geahnt hatte. Als schließlich der Generalstaatsanwalt Ermittlungen anstelle, wurde Daatz halb ohnmächtig im Holzplock in einer Schmalzlenne aufgefunden. Als Kurz vor seinem Meister hatte er sich zunächst 24 Stunden mit Brennholz zudeckt und war dann in die Tonne gelegt. Die sofort durch den Sanitätsrat Dr. Brünning vorgenommene Untersuchung des Lehrlings ergab, dass dessen Rücken mit einer großen Anzahl blutunterlaufener, theilweise aufge-

plaster Striemen bedekt war, auch fand sich die Fußverletzung vor, so dass Daatz etwa eine Woche arbeitsunfähig war. Er ist jetzt bei einem anderen Meister, der lebhaft mit ihm aufzureden ist. Der Angeklagte schilterte den Charakter des Lehrlings in den schwärzesten Farben und sprach verschiedene Verdächtigungen gegen die Belastungszeugen aus. Er will sein ihm zustehendes Züchtigungsrecht nicht überschreiten haben. Der Staatsanwalt war aber der Ansicht, dass dies in ganz erheblicher Weise geschah sei und beantragte, unter Annahme mildender Umstände, 150 M. Geldstrafe eventuell 15 Tage Gefängnis gegen Tempel. Das Urteil laute auf 300 M. Geldstrafe eventuell 30 Tage Gefängnis.

Was Coblenz geht uns durch ein Mitglied die Schildderung einer Bäckerei zu, die zeigt, wie es in solchen Städten, wo unsere Organisation noch nicht festen Fuß fassen konnte, mit der Einhaltung der Bäckereigesetze und bezüglich der Reinlichkeit der Bäckereien bestellt ist. Der Kollege schreibt: „Am 1. November trat ich eine Arbeit an, wo ich allerdings nur zehn Tage blieb, denn länger war es nicht auszuhalten. Es arbeiteten außer mir noch zwei Kollegen dort und wurde täglich 15 bis 16 Stunden gearbeitet, am Sonntag bis 12 Uhr. Die Backstube, ein dunkles Kellerloch, war so klein, dass man Nächte beim Ofenheizen über allerhand Gerümpel klettern musste. Ein kleiner Kellersenster war so schmutzig, dass es kein bisschen Licht hereinließ. Um aber ganz sicher zu gehen, dass Niemand von außen hereinblicken konnte, war auch noch ein altes Rodeur davorhangt. Mäuse gab es in Masse in der Bäckerei und keine Nacht verging, dass wir nicht deren Schnitz aus dem Zeig zu suchen hatten. — Zwei Schuhladen einer alten Kommode waren mit Haselnüssen gefüllt, die der Meister vergraben hatte. Als sie gefunden wurden, waren sie ganz von Motten und Würmern zerstochen. Nun wurden die Nüsse gewaschen, blieben dann einige Tage stehen und jetzt nutzten wir die toten Würmer herauszudringen und die zerstörten und stinkenden Nüsse wurden zu Torten und andrem Backwerk verwendet! — Diese Schwindelei ist zur Anzeige gebracht worden und wird der saubere Meister hoffentlich der verbündeten Strafe nicht entgehen!

Am erikanischer Trust und Bäckerei. Das Neueste auf dem Trustgebiet in Amerika ist ein Restaurant-Trust. Die sieben vornehmsten Restaurants von Chicago haben sich zum gemeinschaftlichen Betriebe ihrer Gewerbe vereinigt. Große Materialwaren-Depots, Bäckereien, Fleischwaren-Niederlagen und Lagerhäuser sollen in Verbindung mit dem Trust errichtet werden, und man erwartet, dass der neue Geschäftsbetrieb gegen den früheren eine Ersparnis von 20 Prozent ermöglichen werde. Das Kapital des Restaurant-Trusts beträgt 25 Millionen Kronen.

Für die Breslauer Bäckerei- und Konditorei-Betriebe ist seitens der Gesundheits-Kommission eine Verordnung erlassen worden, die sanitärpolizeiliche Bestimmungen über die Herstellung von Backwaren enthält.

Hygienische Maßnahmen im Bäckergewerbe. In den Berliner Vororten sind in jüngster Zeit Gesundheitskommissionen entstanden, die erste wurde in Friedrichshagen gebildet. Die Revisionen der Kommission, die sich aus Vertretern der Behörden im Wesentlichen zusammensetzen, haben sich auf die verschiedenartigsten Gebiete erstreckt. Der Besuch der Bäckereien hatte zur Folge, dass das Beladen der Backwaren verboten und den Bäckern aufgegeben wurde, die Waaren nicht überpackt zu befördern.

Zur Frage der Brodbertheuerung mache Graf von Kanitz-Podangen kurzlich im Reichstuge folgende interessante Mitteilungen: Da hat z. B. in Kassel die städtische Verwaltung sich bemüht, festzustellen, wie das Preisverhältnis des Brodes zu dem Getreide sich stellt. Früher, vor 50 Jahren, da begnügten sich unsere Bäcker mit einem ganz bescheidenen Profit. Da kostete z. B. in den Jahren 1854/55 der Doppelzentner Weizen 23.30 M., der Doppelzentner Weizenbrot 27.77 M., möchte eine Spannung zwischen Weizen- und Brodprix von 4.47 für den Doppelzentner. In den Jahren 1894/98 war der Weizenpreis von 23.30 M. auf 15.46 M. heruntergegangen, der Brodprix aber von 27.77 M. gestiegen auf 66.67 M.; die Spannung zwischen Weizen- und Brodprix also hinaufgegangen von 4.47 auf 51.21 M. Sie sehen, meine Herren, in einer Stadt wie Kassel ist die Spannung zwischen Brodprix und Getreidepreis ungefähr das Dreifache des ganzen Getreidepreises. Nun, meine Herren, in anderen Städten mag es ja nicht so schlimm hergehen; aber dass von den hohen Brodprielen noch ein sehr großer, nach meiner Überzeugung ungünstig großer Theil auf die hohen Ladenmieten der Bäcker, auf die höheren Löhne der Gesellen und Gehülfen usw., das werden Sie jetzt bestreiten können, und das müssen wir Landwirthe alles bezahlen.“

Mühlerei-, Bäckerei- und Lagerhaus-Gesellschaft oberes Müglitzthal e. G. m. b. H. zu Bärenbeck. Nach dem Bericht über das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902 betrug der Umsatz der beschäftigten Produkte 67.242 Renten im Werthe von 23.717 M. gegen 48.348 Renten im Werthe von 25.918 M. im Vorjahr. Die Bilanz zeigt einen Reingewinn von 971 M., wovon statutengemäß 20 p.-% = 194 M. dem Reservesonds, 20 p.-% = 194 M. dem Betriebsfonds zu überweisen sind, die verbleibenden 583 M. stehen zur Verfügung der Generalversammlung. Auf Immobilien und Inventar sind 7302 M. abgedrückt und erreichen die Abschreibungen damit 18.673 M. seit dem Bestehen der Genossenschaft. Für zweifelhafte Forderungen müssen dieses Jahr 583 M. eingestellt werden. „Dass die Erfolge nicht noch besser sind“, so schreibt der Vorstand, „liegt an der schon so oft belagten Laune vieler Mitglieder und der Indolenz und dem Märschlaufen, mit dem noch viele Landwirthe unseres doch nur auf die Hebung der Landwirtschaft gerichteten Bestrebungen gegenüberstehen.“

Versuchsanstalt für Bäckerei und Mühle. Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, die brandenburgische Landwirtschaftskammer beanspricht, eine Mühle und eine Bäckerei zu Versuchszwecken einzurichten, wobei sie erwarte, dass der Landwirtschaftsminister sie in diesen Bestrebungen unterstützen werde. Es scheint sich jedoch garnicht um einen Versuch der Landwirtschaftskammer in Berlin, sondern um ein Unternehmen des Landwirtschaftsministers zu handeln. Der „Hart. Ztg.“ in Königsberg wird nämlich geschrieben: Unterm 31. Mai und 30. Juli sind Erlasse des Landwirtschaftsministers ergangen, durch die die Errichtung einer Versuchsmühle in Aueburg gebracht ist. Es sind die Landwirtschaftskammern aufgefordert, sich an den Betriebsstellen zu beteiligen, die Kosten für den Bau und die Errichtung der Mühle und der Bäckerei beanspricht der Minister auf die Staatskasse zu übernehmen. Die Betriebskosten sind auf 25.000 M. veranschlagt. Hoffentlich legt man die Errichtung und später den Betrieb der Bäckerei und Mühle in die rechten, sachmännisch gebildeten Hände, denn davon hängt Alles ab. — Der „Reichsbote“ benutzt die Gelegenheit, wieder für die Errichtung landwirtschaftlicher Ge-

nossenschaften einzutreten, und führt aus: „Wenn ähnliche landwirtschaftliche Unternehmungen nicht prosperieren, so lag es jedenfalls daran, dass man die Sache nicht in die rechten Hände legte. Warum sollten solche Unternehmungen nicht ebenso gut reüssieren, wenn sie von landwirtschaftlichen Genossenschaften eingerichtet werden, als wenn sie von städtischen kapitalistischen Genossenschaften betrieben werden. Die Landwirtschaft ist darauf angewiesen, die Verarbeitung ihrer Rohprodukte in Konsumartikel selbst in die Hand zu nehmen; denn der Zoll und andere Staatshülfe wird nie so groß sein, dass er für die Besserung der Lage der Landwirtschaft ausreicht, die Hauptfäche wird sein müssen, dass sie sich die Vortheile aneignet, welche auf dem Wege vom Speicher und Viehstall des Bauern bis zum Tisch des Konsumenten liegen.“

## Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

In Frankenthal fand am 20. November eine öffentliche Versammlung statt und hatte sich wider Erwarten eines recht starken Besuches seitens der Berufsangehörigen zu erfreuen. In einer Rede behandelte Kollege Pfug, Gauborstand aus Darmstadt, das Thema: „Die gegenwärtige Lage im Bäckergewerbe“. Er führte aus, dass die Scheiderkonkurrenz einerseits, die Ausbeutung der Bäckereihülfen andererseits das Bäckergewerbe schädigen und forderte die Kollegen auf, durch Anschluss an die Organisation beizutragen, die Mißstände aus der Welt zu schaffen. Wie schade ist, dass Bäckereihülfen aus ihrem patriarchalischen Raum zu befreien und zum Anschluss an die Organisation zu bewegen, haben wir hier schon wiederholt erfahren müssen, und auch diese Versammlung brachte die gleiche Erfahrung. Obwohl die Arbeitsverhältnisse hier absolut keine rostigen sind, müsste man aus der übrigens recht lebhaften Diskussion nahe zu dem Glauben kommen, dass die Bäckereihülfen rein paradiesischer Zustände sich zu erfreuen hätten. Die an der Diskussion sich Beteiligenden, meist solche Kollegen, die schon eine sogenannte „bessere“ Stelle haben, erklärten sich voll mit den Ausschreibungen des Referenten einverstanden, aber von einer Organisation wollten sie nichts wissen, „es sollte jeder für sich selbst sorgen“ nutzt zwei Kollegen ermauerten sich zur Anmeldung. Die Stimmung der jüngeren Kollegen wäre wohl mehr für die Organisation — wenn die älteren zu haben wären. Die Kollegen Löffler und Sircz erklärten sich bereit, dass Weitere in die Hand zu nehmen. Letzterer streiste noch die einseitigen Innungsschiedsgerichte. Ein solches soll für die Bäcker hier zwar bestehen, aber niemand weiß etwas davon, und beim Gewerbege richt sind die Bäcker nicht zu ständig, so dass bei etwaigen gewerblichen Streitigkeiten kein Bäcker weiß, wohin er sich zu wenden hat. Zum Schlusse ermahnte Kollege Sircz noch die Unwenden an ihre Pflicht, der Organisation beizutreten, damit hier wieder eine Zahlstelle gegründet werden könnte, auf die Unterstützung des Marktes sei sicher zu rechnen.

In Köln war am 19. November, Nachmittags 5 Uhr, eine öffentliche Bäckerversammlung im Kaiserpalais, Jahnstraße, die gut besucht war, mit dem Kollegen Ostertag-Düsseldorf als Referent. Auch hier war eine gute Stimmung vorhanden, und ließen sich drei Kollegen aufnehmen. Wenn die Kollegen in Köln jetzt alle ihre Pflicht thun, wie sich das als organisatorischer Bäckereihülfen gehört, dann muss auch die Zeit kommen, wo mit solchen Mißständen, wie Nebenarbeit und Bett, Arbeitsschutz gebracht wird. Darum rüstig ans Werk, Ihr Kölner Kollegen!

In Düsseldorf fand am 19. November eine öffentliche Bäckerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bringt die geplante Bäckereireform einen Nutzen für das Handwerk der Bäcker? Referent Kollege Ostertag. 2. Können wir die Feiertagsarbeit abschaffen? Referent Kollege Hamers. 3. Freie Diskussion für Meister wie Gehülfen. Kollege Ostertag führte alles an, wie die neue Verordnung aussieht, warum sie gemacht worden und warum sie heute noch nicht Gesetz ist. Insbesondere weil die Herren Meister und Hausbesitzer sich dagegen sträuben, dass die Bäckereihülfen aus den Kellern verschwinden sollen, aus dem einfachen Grunde, weil sie dann ein paar Zimmer, die sie jetzt im Unbau vermieten, nicht mehr vermieten können. Er zog aber auch alle Mißstände ans Tageslicht, die sich schon daraus ergeben, dass die meisten Backstuben im Keller liegen und sich im Keller das meiste Ungeziefer aufhält. Er möchte die Polizeibehörde mit dafür verantwortlich, dass es heute im Bäckergewerbe solche krassen Mißstände gibt, sie hätte die Pflicht, die Bäckereien besser zu revidieren, als es jetzt geschehen ist. Kollege Hamers führte in seinem Referat aus, dass in letzter Zeit in Rheinland und Westfalen eine Bewegung unter den Meistern in Blatz gebracht hätte, um die Sonn- und Feiertagsarbeit im Bäckergewerbe abzuschaffen. Diese Bewegung würde von einigen Meistern unterstützt, aber nur deshalb, weil die Gesellen überall von sich hören lassen, die Sonn- und Feiertagsarbeit abzuschaffen. Darum zeigten die Meister auch die humane Ansicht, dass sie damit einverstanden sind, aber im Grunde denken sie garnicht daran, diese Mißstände verschwinden zu lassen. Am besten würde das im Wupperthal bewiesen, wo die Meister auch dazu Stellung genommen hätten, wie aber Kollege Ostertag von hier dahin fuhr, um einen Vortrag gegen die Sonn- und Feiertagsarbeit zu halten, da wurde er sowohl von den zahlreich erschienenen Meistern, als auch von den Gesellen niedergebrüllt, so sie wollten ihn zuunterst noch verhaftet lassen, und die Meister hatten sich mit den Gesellen, die im Junglingsverein sind, besprochen: „Wenn Ihr die Versammlung zur Auflösung bringt, kriegt Ihr ein Fass Bier!“ Daraus ist zu erkennen, dass nur durch die Kraft unserer Organisation, und das ist der Deutsche Bäcker-Verein, solche Mißstände, wie wir sie in unserem Gewerbe noch haben, abzuschaffen können. In der Diskussion geikte Bäckermeister Rabben scharf die Mißstände und gab zu, dass alles, was Ostertag vorgebracht habe, auch tatsächlich wahr sei, aber nur durch eine gute Gesellen-Organisation seien diese Mißstände zu befechten, und dies sei der Deutsche Bäcker-Verein. Es ließen sich 8 neue Mitglieder in den Verband aufnehmen.

Spremberg. Eine öffentliche Bäckerversammlung, in der Kollege Heßhold-Berlin über „Die Lage der deutschen Bäckereien und wie können wir dieselbe verbessern?“ tagte am 23. November hierfür. Der Referent streiste auch die neue Einrichtung unseres Verbandes und erklärten sich sämtliche Anwesenden (auch fünf Meister) mit den Ausführungen einverstanden. Sodann wurde von einem Kollegen erörtert, dass der hiesige Konsumverein, welcher zum größten Theil aus Arbeitern besteht, seine Lieferung auch an einen Meister vergeben hat, der wohl zwei Lehrlinge aber keinen Gesellen beschäftigt. Die Angelegenheit kommt in der nächsten Versammlung zur Sprache.) Es wurde noch bemerkt, dass die Bäckerei von Max Meier mit Maschinenbetrieb der Neuzzeit entsprechend eingerichtet ist und auch die höchsten Löhne gezahlt werden. Wir haben uns selbst davon überzeugt und müssen bestätigen, dass die Errichtung bei Herrn Meier noch weit besser ist, als die des Gewerkeverbands Konsum Görlitz. Gewonnen wurden in dieser Versammlung 12 Mitglieder.

## Bericht vom Gau Elbeck.

In der letzten Gauführung wurde beschlossen, von einer Gaulkonferenz Abstand zu nehmen, da nur leider eine Zahlstelle im Gau zu verzeichnen und in der Agitation keine wichtigen Beschlüsse zu fassen sind, mithin für den Verband unnötige Kosten entstehen. Von einer direkten Agitationstour müßte in diesem Jahre Abstand genommen werden, da uns dazu die Mittel fehlten; wir müssten auf brieschtem Wege die Agitation betreiben. Durchschnittlich kommen kleinere Städte in unserem Gau in Betracht; mit diesen Führung zu bekommen, hält schwer. Die Kollegen sind ja so mit ihrer Lage zufrieden; ihre Arbeitszeit beginnt gewöhnlich um 1 Uhr Nachts und endigt des Mittags, daß sie aber seien Nächte zu schaffen und zum Theil in Arbeitsräumen, die zum großen Theil viel zu wünschen übrig lassen, auch noch sonst, Kollegende, die noch in unserem Berufe vorbereitend sind, hält man ihnen diese unter der Nasen, endlich einmal die Schafsmüße unter zu reihen und sich dem Verband der Bäcker anzuschließen, da halten sie es eben nicht der Mühe wert, darauf zu antworten.

In Roskow war es uns möglich, im Januar eine Zahlstelle zu errichten. Es wurde ununterbrochen alles mögliche ausgetragen, die Zahlstelle zu erhalten; bei der ersten Mitgliederversammlung war ich zugegen, um die Kollegen auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen, auch gewann ich den Eindruck, daß die Kollegen es endlich einmal ernst mit ihrer Sache nehmen würden; aber einzelne Kollegen behaupteten schon zugesagt, daß die Meister schon alles aufbieten, um die Verbandsmitglieder außer Arbeit zu bringen. Es ist ihnen dieses zwar nicht gelungen, doch mußte Kollege Wolz, welcher ehrliche Woden später einen Bericht in einer Mitgliederversammlung halten wollte, unverrichteter Sache wieder absieben, da nur ein paar Verbandsmitglieder anwesend waren; auch der Vorsitzende selber hatte den Kopf verloren. Da die Kollegen ihm zum Theil den Rücken gekehrt haben, ließen auch sie unsere Korrespondenz unantwortet und die Zahlstelle müßte als verloren erklärt werden. Wir werden aber nicht ruhen; es haben sich schon wieder bekehrte Kollegen gefunden, welche die Sache wieder in die Hand nehmen.

In Schwerin fand eine Versammlung durch den Kartellvorsitzenden abgehalten werden; auch hier hatten sich ein paar Nachfolger auf die Beine gemacht und den Wirth beeinflußt, sein Lokal nicht zur Bäderversammlung freizugeben; letzterer ließ sich bestimmen und verzweigte sein Lokal, so daß in leichter Stunde Ullmann telegraphisch abstellte wurde. Auch hier haben sich tüchtige Kollegen gefunden, die demnächst die Zahlstelle komplett machen werden.

Schwere Aufgaben stehen uns hier noch bevor und es wird noch lange dauern, ehe hier in dem Ootritenlande was zu erzielen ist.

In der Zahlstelle Lübeck wurde eine rege Agitation entfaltet. Sitzungen fanden 7. im Gau 6 öffentliche und 12 Mitgliederversammlungen statt.

Ablösung bis 1. Oktober 1902.

Von der Handelskasse	30,- M
Von der Zahlstelle Lübeck	50.10 -
Von der Zahlstelle Rostock	3.20 -
	Ganze Summe 83.40 M
	Ausgabe 58.55 -
	Kassenbestand 24.85 M

Der Gauvorstand: F. v. Gölnig.

## Bericht von der Gaulkonferenz des 9. Gaus (Schleswig-Holstein) am 23. November in Neumünster.

Die Gaulkonferenz wurde um 12 Uhr vom Gauvorstand eingeladen. Die Mitgliedschaft Altona hatte drei Delegierte, die Kollegen Piel, Meier und Graumann entsandt. Aus Altona war der Kollege Hirschkuß als Delegierter erschienen und Hermann wurde durch den Kollegen Herms vertreten. Zur Gaulkonferenz stellte Piel den Antrag, als zweiten Punkt der Tagessordnung die Berichte aus den Mitgliedschaften einzufügen. Der Antrag wurde angenommen. Zum ersten Punkt der Tagessordnung erhielt der Vorsteher des Reichsgerichts und Außenbericht. Die Anwesenden erklärten sich zufrieden mit den Berichten der Kommissionen. Sie wurde bewilligt, daß die Gaulkonferenz zu spät stattgefunden entgegen dem Reglement den letzten Verbandsbericht, auch sei der Beifügung von der vorjährigen Kommission, legig und würdig sei Woden vorher bekannt zu geben, nicht freigehalten werden. Der Vorsteher erläuterte die Ergebnisse wie Unzulänglichkeit der betreffenden Behörde und vertrug sich mit der nächsten Gaulkonferenz. Bei der Eröffnung der Sitzung wurde die Abrechnung für richtig befunden und dem Vorsteher Deutung ertheilt.

Zum zweiten Punkt der Tagessordnung berichtete der Vorsteher des Reichsgerichts, daß man seinen Bericht aus dem Mitgliedschaftsbericht Altona. Es steht jetzt 200 Mitglieder. Hierzu mußte Piel und Graumann über die Bildung und Wirkung des Reichsgerichtsberichts und über die Diskussion des Hirschkuß-Berichts berichten, bezüglich derartiger Kollegen sei der Vorsteher nichts der Reihe nach und habe deshalb den Bericht aus. Piel berührte sich in Artikel etwas getroffen haben. Es sei kein Fehler verübt worden, daß man verfügt sei, mit den Sachverständigen nicht in Rücksicht zu treten. Die Mitgliedschaft ist ein Mitglied.

Im dritten Punkt "Gauverwaltung", läßt sich folgende Zusammenfassung einer ordentlichen Tätigkeit in der Provinz angeführen und zwar vorerst Kraft aus auf eine Stütze zu konzentrieren, die man einen Stütze durchsetzt hat. Es ist dazu eine wichtige Rolle nach der bestehenden Stütze zu richten, die dann zu stellen hat. Der Vorsteher brachte dies vor. Dann wurde noch ein Antrag angenommen, der besagte, daß die Mitgliedschaft Altona die Sicht an in den ihr zunächst zugehörigen Orten Einsichten und Geschäft zu übernehmen hat.

Um letzten Punkt der Tagessordnung, Wahl des Vorsteher und des Gauverwalters, wurde Giel als Vorsteher und Kiel als Gauverwalter eingesetzt. Die Konferenz trat um 2½ Uhr beendet.

## Erläuterung des Verbandsvorstandes.

Zum Konferenz werden in den Mitgliedschaften stimmen, wenn die Rechte der Vorstände vorgetragen.

Wir müssen immer und überall eine Verbandsbüro, das um Leute einsteigt, aber auch die schwachen und schwachen Mitglieder mit den Verbandsbüros zu betreuen, so stellen aber die verstreut liegenden Unternehmensanlagen noch nicht höhere Anstrengungen an das Brot und Rüben, wie es den belasteten Zeit der Verbandsleitung. Sollte es gewünscht überall Bereich erweitert werden, einen möglichst zusätzlichen und tiefgründigen Aufsicht zu bekommen, kann gute und kompetente Mitarbeiter oder Aufsichtsräte für den Stern einer Verbandsbüro.

Um nun nicht die Rechtsmachten im Konflikt dem allgemeinen Ansinnen abzuhängen zu machen, ist es wohl besonders in den

größeren Mitgliedschaften notwendig, schon jetzt eine Kommission einzufügen, die mit dem bisherigen Vorstande die Möglichkeit hat, die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder zu befriedigen hat. Diese be hält dann der Januarversammlung ihre Vorschläge zu unterbreiten. Wir erwarten, daß man überall den Wahlen die nötige Aufmerksamkeit widmet und dabei gemäß ihrer Bedeutung für die Organisation mit dem nötigen Ernst verfährt.

Die neuen Mitgliedsbücher sind den Vorständen zugestellt. Denselben sind eine Anzahl Meldearten und Quittungsarten und Quittungsformulare für die reisenden führenden Mitglieder zu befreien. Sollen in einer Mitgliedschaft diese Packete noch nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir, dieses sofort dem Verbandsvorstand zu melden.

Die neuen Mitgliedsbücher dürfen erst dann an die Mitglieder verabfolgt werden, wenn dieselben ihre Beiträge für dieses Jahr entrichtet haben.

Die alten Bücher können im Besitz der Mitglieder verbleiben. Noch ungebrauchte übriggebliebene Bücher der älteren Gebrauchshäfen sind im Besitz der Revisor zu verbleiben. Statuten sind den neuen Mitgliedsbüchern nicht angefügt; dieselben werden nach dem Verbandsjahr nebst den Reglementen in kleinen Büchern den Mitgliedern zugestellt. — Diese Einrichtung ist getroffen, damit es sich nicht nach jedem Verbandsjahr nötig macht, Statutenänderungen oder Nachträge in die Mitgliedsbücher einzuleben.

Wo in den Mitgliedschaften die Kassenbücher und Hebschriften der Mitglieder aufgebracht sind, theile man uns vor Jahresende dieses mit, damit wir Erfolg senden können.

Wo hält sich das Mitglied Wilhelm Schäfer (Buchr. 12 647, eingetr. 24. 4. 02 in Stuttgart) auf. Derselbe wird in einem Prozeß als Zeuge gebraucht, deshalb wird erneut seine Adresse dem Unterzeichneten einzufinden.

Der Verbandsvorstand. O. Altmann, Vors.

## Quittung.

In der Woche vom 24. bis 30. November gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

für Monat November: Mitgliedschaft Mühl-

dorf 11 M.

für Monat Oktober: Dortmund 31.80 M,

Düsseldorf 18.40 M.

Bei Einzelzählern der Hauptkasse: N.

g. Schwan 160 M, W. M. Gr. Salze 4.91, R. H. Gera

1.60 M.

für Annonce: G. L. Hamburg 7.20 M.

Der Hauptkassier: Fr. Friedmann.

## Anzeigen.

## Mitgliedschaft Hamburg. Sektion Weissbäcker.

Donnerstag, 11. Dezember, Nachmittags 4½ Uhr,

## Mitglieder - Versammlung

bei Hilmer, Gänsemarkt 35.

Tagesordnung: 1. Das Nelebenamt für Arbeitsleidens-Unterstützung. 2. Wahl einer Wahlkommission. 3. Par-

teileiter dt. 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

## Berlin.

Montag, 7. Dezember, Nachmittags 2 Uhr,

## Sitzung der Gesamt-Orts-Verwaltung

im "Reichshof", Rosenthaler Str. 11-12.

Alle Verbandsmitglied r. Obmänner, Bezirkskässer, Abteilungsführer u. Beizirk-Beraterräte werden erlaubt, pünktlich zu erscheinen.

Da die Besiedlung der Gaesfunde der durch die am 1. Januar in Kraft treteende Arbeitlosen-Unterstützung reizvollig werden könnten infolge der darüber herrschenden Meinungsverschiedenheit ein gehende Verarbeitung erfordert, hat jedes Verbandsmitglied zu dieser Sitzung Zutritt.

[A 3.60]

## Kaffee-, Brot- u. Spargestein „Produktion“

Hamburg 26.

Zum 1. April eventl. früher suchen wir für unsere neu errichtete Bäckerei einen

## ersten Bäckmeister.

Die Bewerber müssen bereits einer großen Bäckerei in leidender Stellung vorgestanden haben und hierüber praxis-Beispiel-Belehrungen können. Kenntnisse der Hamberger Bäckerei Verhältnisse etwas sehr.

Offenen mit Gehaltswerte suchen sind bis zum 15. Dezember unter obiger Adresse einzutragen. [A 450]

## Bäcker-

## Einkaufsquellen

Größte Auswahl in neuen und getragenen Herrenkleidern, sowie Anfertigung nach Maß zu bekannt billigsten und reellsten Preisen.

J. H. Bloch,

München, Brunnstr. 3/0, im Verbandslokal.

## W. Marx & Co., Halle a. S.,

Ludwigstrasse

liefer Teigtheilmaschinen verschiedener Konstruktionen zu den billigsten Preisen.

Exakte Arbeit! Bestes Material! Prospekte gratis!

[A 3.] Betreter und Wiederholer gesucht.

## Cafe Wittelsbach

Herzog Wilhelmstraße.

## Größter Rendezvousplatz

der

Bäcker Münchens.

Weden Sonntag, Mittwoch und Freitag waren 3-400 Bäckerhälften zu treffen. Von jetzt ab ebenfalls wieder größter

## Hauptsaalplatz.

Weltbekannt schönes Separat-Lokal für die Bäcker steht zur Verfügung. Großer Billardsaal u. ff. Kaffee, Biere u. sonstige Getränke.

Bahnhofsvorplatz steht freundlich entgegen

J. Schwenold u. Frau.

## Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied

## Paul Gundlach

am 2. Dezember nach kurzem schwerem Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung am Sonnabend, 6. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Eppendorfer Krankenhaus. Um rege Beihilfung ersucht

Der Vorstand der Sektion der Großbäcker Hamburg.

## Versammlungs-Anzeiger.

Altenburg. Mitgl.-Vers. Sonntag, 7. Dez., Nachmittags 3 Uhr, im "Schwarzen Adler".

Altona. (Großbäcker) Mitgl.-Vers. Sonnabend, 13. Dez., Abends 7½ Uhr, bei Wm. Ebler, Förderstr.

Bad Reichenh. Mitgl.-Vers. Dienstag, 9. Dezember, Nachm. 3 Uhr, in der "Blauen Traube".

Bergedorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 14. Dezember, Nachm. 3½ Uhr, bei W. Stille, Sachsenstraße.

Braunschweig. Mitgl.-Vers. Sonntag, 7. Dezember, im "Gewerbehofhaus", Werder 32.

Bromberg. Mitgl.-Vers. Dienstag, 16. Dez., Nachm. 4 Uhr, im "Tivoli", Thalstraße.

Breslau. Zusammenkunst jeden Donnerstag, Nachmittags 2½ Uhr bei Boß, Klosterstr. 101.

Berlin. (Westend) Vers. Dienstag, 9. Dez., Nachm. 3 Uhr, in O.-St's Festhäl. Meiningenstr. 8. (Ecke Martin Lutherstraße, Schöneberg.)

Breslau. (Ostend) Vers. Dienstag, 9. Dez., Nachm. 3½ Uhr, in "Heiders Brauerei", Herrnstr. 19. (Herr: Herr Artur Bergmann)

Cassel. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 11. Dezember, Nachm. 4 Uhr, bei Buchbach, Schäfergasse 14.

Celle. Mitgl.-Vers. Sonntag, 14. Dezember, Nachm. 4 Uhr b. R. v. Krivenwiese 6.

Cottbus. Mitgl.-Vers. Sonntag, 7. Dez., Nachm. 3 Uhr, in der "Centralherberge".

Dortmund. Mitgl.-Vers. Sonntag, 14. Dez., Nachm. 4 Uhr, bei Wöhrlhausen, 1. Sta. apstr. 70.

Düsseldorf. Mitgl.-Vers. Sonntag, 7. Dezember, Borm. 10½ Uhr, im Bentathler Hof, Königsallee.

Erlangen. Mitgl.-Vers. Sonntag, 7. Dez., Nachm. 11 Uhr, im "Volksbau", Hochstraße 82.

Eisen a. d. Ruhr. Mitgl.-Vers. Sonntag, 7. Dez., Nachmittags 5 Uhr, in der "Rorussia".

Hamburg. (Sektion Weissbäcker). Mitgl.-Vers. Donnerstag, 11. Dez., Nachm. 4½ Uhr, bei Hilmer, Gänsemarkt 35.

Hamburg. (Sektion Großbäcker) Mitgl.-Vers. Sonnabend, 6. Dezember, Abends 7½ Uhr, in der Lessinghalle, Gänsemarkt 35.

Hamburg. (Vonreie Stadt.) Vers. Mittwoch, 10. Dez., Nachm. 4½ Uhr, bei Rothe, Bergstr. 32.

Hamburg.